

Auch Bolzplatz Gohgräfenstraße war ein Thema im Sozialausschuss

- 29.11.2010

Mädchenhaus bekommt Zuschlag für neues Projekt

Von Anne Gerling

Gröpelingen (age). Im Stadtteil fehlen eigene Angebote für Mädchen ab zwölf Jahren: Das hat sich im April herausgestellt, nachdem der Controlling-Ausschuss die rund 40 Angebote für Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 18 Jahren unter die Lupe genommen hatte, die über die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung unterhalten werden. Regelmäßig prüft der Ausschuss die Ziele, Wirksamkeit, Verknüpfung und Akzeptanz der bestehenden Angebote wie Freizeitheime, Streichelzoo und Erlebnisfarm, Spielplätze und Spielhäuser, für die im Jahr insgesamt 700000 Euro zur Verfügung stehen.

Auf das Ergebnis der jüngsten Prüfung wird jetzt reagiert. "Wir wollen ein Mädchenspezifisches Angebot machen", eröffnete Britta Classen-Hornig vom Amt für Soziale Dienste dem Sozialausschuss des Gröpelinger Beirates. Nach einer Ausschreibung, auf die sich insgesamt sieben Träger beworben hätten, habe der in der Rembertistraße ansässige Verein Mädchenhaus den Zuschlag bekommen. Dessen Mitarbeiterinnen Ina Bernard und Caterina Bartulin, die die Ortspolitiker gemeinsam mit der Mädchenhaus-Geschäftsführerin Heike Ohlebusch besuchten, wollen jetzt mit Gröpelinger Mädchen den Stein ins Rollen bringen. Vorläufig sind sie in Räumlichkeiten von Kultur vor Ort im Torhaus Nord untergekommen; wo die Reise hingehet, wissen sie noch nicht: "Wir werden mit den Mädchen zusammen einen Ort finden müssen."

Eva-Maria Neumann, beim Amt für Soziale Dienste zuständig für die Gestaltung von Spielplätzen, stellte anschließend Planungen für den Bolzplatz an der Gohgräfenstraße vor. Das aktuell wenig einladende 2050 Quadratmeter große Areal - das häufig als Hundeklo zweckentfremdet wird - soll ansprechender gestaltet werden und einen 19 mal elf Meter großen bespielbaren Kunststoffplatz bekommen. Rund 46000 Euro soll die Umgestaltung kosten, entsprechende Anträge wurden nun in Absprache mit den Ortspolitikern bei der Stiftung Wohnliche Stadt gestellt. Dort wird im März über die Vergabe der Gelder entschieden.